



18. September 2023

Postulat

von Fraktion AL

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er die Frist zur Einreichung des Antrages für eine Energiekostenzulage für das laufende Jahr 2023 einmalig erstrecken und weitere Massnahmen (z. B. Kulanz gegenüber fehlenden Dokumenten oder Reminder an die Bezugsberechtigten) durchführen kann, um damit einen möglichst hohen Rücklauf der Anträge zu erzielen.

Begründung:

Am 11.09.2023 haben rund 34'000 Städtzürcher Haushalte ein Antragsformular mit entsprechenden Informationen zum Bezug einer Energiekostenzulage erhalten. Formale Rahmenbedingungen liessen einen früheren Versand dieser Unterlagen nicht zu. Aufgrund der in der Verordnung zur Energiekostenzulage festgehaltenen Terminvorschriften von jeweils Ende September für den Anspruch auf eine Zulage bleibt den Angeschriebenen 2023 nur rund zwei Wochen Zeit, Antrag und nötige Unterlagen zu retournieren.

Wie verschiedene Bezugsberechtigte bereits bezeugen können, gestaltet sich die Anmeldung aus verschiedenen Gründen komplex, weshalb die breite Befürchtung besteht, dass viele Menschen, die an und für sich Anspruch auf diese Unterstützung hätten, aufgrund von zeitlich-formalen Gründen leer ausgehen. Damit würde die Zulage ihr ursprüngliches Ziel verfehlen.

Aufgrund dieser Startschwierigkeiten wäre es vertretbar, bei dieser erstmaligen Ausführung eine gesonderte Auslegung der Terminvorschriften durchzuführen und die festgelegte Frist nach hinten zu verschieben. Ferner könnte der Stadtrat darauf hinwirken, dass dem Fehlen einzelner Dokumente mit der nötigen Kulanz begegnet wird. Das Amt für Zusatzleistungen (AZL) ist sich der genannten Problematik bereits bewusst und weist deshalb hinsichtlich einzelner Formulare (IPV-Bezugsbestätigung und Nebenkostenabrechnung) im Internet-Formular explizit darauf hin, dass diese nur «falls vorhanden» einzureichen sind. Zudem sind seitens des AZL weitere Massnahmen wie zum Beispiel das Senden eines Reminders in Betracht zu ziehen.

In Kombination mit einer einmaligen Erstreckung der Frist könnten diese Massnahmen für eine hohe Anmeldequote sorgen, so dass die beschlossene Massnahme ihre volle Wirkung entfalten könnte.

Antrag auf dringliche Behandlung